

# Kommentar:

## Die neue Regierung unter Druck

von Ram Pradhan

Die ersten einhundert Tage der neuen kommunistischen Regierung (CPN-UML) in Nepal sind vorüber. Sie haben bei Parteien und in der Öffentlichkeit zu unterschiedlichen Bewertungen geführt. Während die Unterstützer des neuen Regimes unter Premier Manmohan Adhikari von "großen Erfolgen" sprechen, gibt es aus dem oppositionellen Lager heftige Kritik. Die neue Regierung habe die Bürokratie politisiert und mit der Unabhängigkeit Nepals Schindluder betrieben, ein Vorwurf, der in Zusammenhang mit dem Verhältnis Nepals zum großen Nachbarn Indien zu sehen ist. Außerdem stiegen, im Gegensatz zu den gemachten Zusagen im Wahlmanifest der Partei, die Preise unaufhaltsam an. Dies sei Betrug am Wähler.

Anlässlich einer Fernsehdebatte im Fernsehen geriet die Regierung unter heftigen "Beschuß" aus Oppositionskreisen, die dem Regime Nepotismus und Vetternwirtschaft vorwarfen. Außerdem versuche die CPN-UML, ein "totalitäres Regime im einzigen Hindu-Königreich der Welt" durchzusetzen. Innenminister Khadga Prasad Sharma Oli wies die Kritik zurück und betonte, seine Regierung kämpfe für die Verbesserung der Lebenssituation der Armen, vor allem im ländlichen Bereich. "Was bedeutet schon Demokratie, wenn sie nicht den Armen zugute kommt?"

Die einsetzende Krise wird dabei noch durch die Unfähigkeit der Adhikari Administration verstärkt, privaten Investoren ein Gefühl von Sicherheit zu geben. Diese scheinen noch nicht von den gemachten Ankündigungen überzeugt zu sein, die Liberalisierungspolitik werde fortgesetzt.

"Die Kommunisten geben uns keine andere Wahl, wir können sie nicht mehr dulden, wir stehen unter großem Druck unserer Basis", droht Oppositionsführer Sher Bahadur Deuba, ehemaliger Innenminister unter der Vorgängerregierung des 'Nepali Congress'. "Wir müssen die Roten nun in ihre Schranken verweisen". Und Ex-Premier Girija Prasad Koirala kündigte öffentlich an, die Minderheitenregierung des CPN-UML so bald als möglich zu Fall bringen zu wollen. Aber dies ist nicht so einfach. Der 'Nepali Congress', der im 205er Parlament fünf Sitze weniger als die CPN-UML besitzt, benötigt für den Sturz der Regierung die Unterstützung anderer Parteien. Aber da gibt es bisher noch keine die bereit wäre, den 'Congress' bei seinem Vorhaben unter die Arme zu greifen. Es wären vor allem die Abgeordneten der 'Rastriya Prajandhan Party' (RPP), ehemalige Panchas, die das Zünglein an der Waage spielen müßten. Die RPP, die der CPN-UML zwar äußerst kritisch gegenüber steht, hat sich bisher noch nicht für die Einbringung eines Mißtrauensvotums im Parlament ausgesprochen. Die Führung der RPP ist offensichtlich bereit, der neuen Regierung noch eine Chance einzuräumen. Hinter vorgehaltener Hand wird bereits darüber spekuliert, ob es ein Stillhalteabkommen zwischen CPN-UML und der politisch weit von ihr entfernt stehenden RPP gibt.

Einer der Hauptvorwürfe an das Adhikari-Regime aus Oppositionskreisen ist, es würde in wichtigen nationalen Fragen nur Alleingänge praktizieren. Gerade als Minderheitenregierung müsse ein Konsens aller Parteien angestrebt werden. Dies gelte vor allem bei wichtigen außenpolitischen Fragen - so bezüglich der Beziehungen zu Indien - und bei der Frage der Verteilung des Wassers, wo auch der große Nachbar angesprochen ist. Die Regierung sieht dies natürlich anders und wirft der Opposition vor, sie sei an einer Zusammenarbeit mit ihr nicht interessiert. Politische Beobachter sind der Ansicht, die neue Regierung kümmere sich vor allem um die Konsolidierung ihrer Macht und bereite sich schon auf vorgezogene Neuwahlen vor.

Seit die CPN-UML im November als stärkste Partei die Regierungsgeschäfte übernommen hat, haben mehrere ihrer Führer bereits Auslandsreisen nach Indien, Europa und Japan unternommen. Die bisher wohl wichtigste Mission war die des Außenministers und stellvertretenden Premiers Madhav Kumar Nepal nach Indien. Der Minister, den viele als den eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund und als defacto Premierminister bezeichnen, sprach mit seinen indischen Counterparts über das nicht spannungsfreie Verhältnis zwischen den Nachbarn, betonte jedoch, daß Indien sehr entgegenkommend und an einer Beilegung aller bilateralen Streitigkeiten interessiert sei. Ob sich dies realisieren läßt, wird sich vermutlich schon Mitte April zeigen. Noch vor seinem China Besuch wird Premier Man Mohan Adhikari für fünf Tage in Indien weilen und auch mit seinem indischen Kollegen Narasimha Rao zusammentreffen. Dabei wird es u.a. um die bestehenden bilateralen Handelsabkommen sowie um die Frage der Arbeitsgenehmigungen für Ausländer, sprich Inder, gehen. Dieses Problem hatte der Außenminister in den Gesprächen anlässlich seines Indienbesuchs noch ausgeklammert. In diesem Zusammenhang hat Nepal eine Kommission ("Citizenship Commission") damit beauftragt festzustellen, wer "echter" Staatsbürger des Landes ist und demnach Anspruch auf eine Staatsbürgerschafts-Urkunde hat. Diese Frage betrifft vor allem die vielen Nepalis indischer Abstammung (Madhesis), die vorwiegend in der Terai-Region Nepals leben. Die pro-indische 'Nepal Sadbhavana Party' (NSP), die mit drei Sitzen im Parlament in Kathmandu vertreten ist, setzt sich für die Anerkennung der Staatsbürgerschaftsrechte für alle indisch-stämmigen Nepalis ein, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Einwanderung.

(Ram Pradhan ist Herausgeber der Wochenzeitung 'Independent' und Korrespondent von 'Südasiens' in Kathmandu. Übersetzung: Walter Keller)